

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und Fraktion (SPD)

Planungssicherheit für die bayerischen Hochschulen Sparbeschlüsse

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Einsparungen im Bereich der Hochschulen und Universitäten, die vom Kabinett am 28. September 2010 im Rahmen der Sofortmaßnahmen im Haushaltsvollzug 2010 beschlossen wurden, zurückzunehmen. Die Zusatzsperre auf Verwaltungsausgaben, die zusätzliche Besetzungssperre und die Aussetzung der Bauprojekte im Hochschulbau sind aufzuheben.

Begründung

Die Kürzungen, die den Hochschulen von der Staatsregierung im laufenden Haushaltsjahr auferlegt wurden, haben für Forschung, Lehre und Studium massive Auswirkungen. Die Hochschulchefs machen in bayernweiten Protesten deutlich, dass die Einsparungen in der Höhe von 13 Mio. Euro die Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen gefährden. Es ist den Hochschulen unmöglich, auch nur mittelfristig zu planen. Dringend notwendige Baumaßnahmen sind erneut gestoppt. Neue Gebäude werden jedoch unverzüglich gebraucht, denn der doppelte Abiturientenjahrgang steht bevor.

Die Kürzungen treffen die Studierenden: Zusatzangebote an den Hochschulen stehen auf dem Prüfstand, Bibliotheksangebote und familienfreundliche Maßnahmen werden beschnitten. An der Universität Bayreuth ist z.B. eine Verlängerung der Weihnachtspause beschlossen worden, um die Bewirtschaftungskosten einzusparen.

In einem Offenen Brief vom 14. Oktober 2010 haben die Vorsitzenden der Universität Bayern e.V. und der Hochschule Bayern e.V. Ministerpräsident Horst Seehofer eindringlich auf die gravierenden Konsequenzen der Sparbeschlüsse auf die Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs hingewiesen. Sie drohen, das „Innovationsbündnis 2013“ zu kündigen.

Mit dem Bündnis hatte der Freistaat die bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften zum Ausbau ihrer Einrichtungen für den doppelten Abiturjahrgang 2011 verpflichtet und im Gegenzug Planungssicherheit versprochen. Nachdem von Seiten der Hochschulen alle Zielvorgaben zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs erfüllt sind, fordern sie im Gegenzug, dass der Staat seine finanziellen Verpflichtungen einhält.

Im Interesse aller Studierenden muss die Hochschulausbildung von allen Sparmaßnahmen ausgenommen werden und als erstes auf der Prioritätenliste stehen. Die bayerischen Hochschulen brauchen eine verlässliche Finanzierung der Hochschulen und die Einhaltung des Innovationsbündnisses 2013. Angesichts der erfreulich wachsenden Studierendenzahlen muss der Ausbau der Hochschulen oberste Priorität haben.